

Nation als Wert

1. Wert als Präferenz

Werte sind »Konzeptionen des Wünschenswerten«,¹ wie Talcott Parsons im Anschluß an den Anthropologen Clyde Kluckhohn formuliert.² Werte sind abstrakte kulturelle Präferenzen, die an sich keine Auskunft darüber geben, wie sie zu realisieren seien; erst wenn sie zu Normen spezifiziert werden, können sie die Operationen von Individuen, Interaktionssystemen und Organisationen regeln. Werte können in sozialen Systemen institutionalisiert sein, um Formen idealer Gemeinschaft auszuprägen, so etwa in der Familie, dem Verein oder der Nation. »Werte sind das Medium für eine Gemeinsamkeitsunterstellung, die einschränkt, was gesagt und verlangt werden kann, ohne zu determinieren, was getan werden soll.«³ Auf der Ebene der Gesellschaft etwa stellen Werte »Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft für die Mitglieder dieser Gesellschaft«⁴ dar. Werte dienen der Strukturierung sozialer Systeme, indem sie eine hoch allgemeine Form der Erwartbarkeit von Handlungen institutionalisieren. Luhmann sieht die Funktion von Werten in dem problembezogenen Schutz vor Irritationen, denen eine sich selbst unter Differenzierungs- und Veränderungsdruck setzende Gesellschaft ausgesetzt ist.⁵ Werte sind Handlungsorientierungen, die Nichtirritierbarkeit durch sozialen Wandel sichern sollen – zumindest temporär, wie die Beobachtung von Wertewandel anzeigt.

1 Talcott Parsons: Über den Begriff »Commitments«. In: Talcott Parsons: Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien. Hg. v. Stefan Jensen. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980, S. 185. Vgl. Clyde Kluckhohn: Values and Value-Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification. In: Toward a General Theory of Actions. Ed. by Talcott Parsons / Edward A. Shils. Cambridge: Harvard University Press 1951.

2 Ähnlich bei Niklas Luhmann: »Werte sind allgemeine, einzeln symbolisierte Gesichtspunkte des Vorziehens von Zuständen oder Ereignissen.« Niklas Luhmann: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1984, S. 433.

3 Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1997, S. 343.

4 Parsons, Über den Begriff »Commitments« (wie Anm. 1), S. 185.

5 Vgl. Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft (wie Anm. 3), S. 789 ff.

Die Frage, wie Werte handlungswirksam werden, beantwortet Parsons über die Leistungen der Motivierung und Selektionsverstärkung von Werten. Werte setzen die Irritierbarkeit von sozialen Operationen gegenüber Veränderungen herab. Werte mobilisieren Bindungsbereitschaft, Loyalitäten (Wertbindungen) kraft ihrer inneren Gültigkeit. Dies heißt, daß ihre Gültigkeit durch keine Instanz außerhalb ihrer kommunizierten Präention gedeckt ist; Werte entziehen sich jeglicher Begründungsfähigkeit⁶. »Werte werden in der Kommunikation vorausgesetzt, auch mitkommuniziert, aber nicht der Kommunikation ausgesetzt«, wie Luhmann bemerkt.⁷ Allerdings sind in Werte »soziale Zumutungen eingebaut«⁸, die Folgebereitschaften verlangen. Parsons nennt diese Erwartungen an Akzeptanz von Werten Wertbindungen. Wertbindungen haben Verpflichtungscharakter, die als moralisches Gebot eingefordert werden können, dessen Mißachtung Sanktionen nach sich ziehen kann. Parsons betrachtet Wertbindung (*commitment*) als ein Medium, das die Interaktion zwischen Akteuren vermittelt.⁹ Austauschmedien legen Selektionen des Handelns nahe; ihre Motivierungsleistung liegt in den Erwartungen der Akteure an Tauschgewinnen. Die Motivierungsleistung von Geld liegt in der Erwartung, für Geld eine Ware zu erhalten, die Bedürfnisse befriedigt. Die Motivierungsleistung von Wertbindung liegt in der Erwartung, daß die Loyalität gegenüber dem Kollektiv mit Solidarität belohnt wird. Wertbindungen lassen sich als Kapazität verstehen, »moralische Überzeugungen zu mobilisieren«.¹⁰ Die Erwartung etwa, die ausländische Bevölkerung in gleichem Maße wie die inländische an den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen eines Staates partizipieren zu lassen, wird aus dem Gleichheitswert abgeleitet, dem zu widersprechen Risiken moralischer Sanktion heraufbeschwört. Werte können aber miteinander konfliktieren, wie an dem gerade genannten Beispiel demonstriert werden kann. Der Wert der Gleichheit aller Einwohner gegenüber

6 Wenn nach Begründungen gefragt wird, verlieren Werte ihre Wirkungsmacht.

7 Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft (wie Anm. 3), S. 799.

8 Ebd.

9 Parsons unterscheidet zwischen vier Interaktionsmedien: Geld, Macht, Einfluß, Wertbindung. Geld ist ein Interaktionsmedium, das den Austausch von Gütern und Dienstleistungen vermittelt, das um voll wirksam zu werden, eine institutionalisierte Eigentumsgarantie voraussetzt. Macht ist »die generalisierte Kapazität, gemeinsame Leistungsverpflichtungen von Mitgliedseinheiten zu aktivieren – und zwar im Interesse einer Durchsetzung von zielgerichteten Entscheidungen, die das betreffende Kollektiv binden«. [Parsons, Über den Begriff »Commitments« (wie Anm. 1), S. 187.] Die Chance, Macht kontinuierlich einsetzen zu können, setzt die Existenz legitimer Herrschaft voraus. Einfluß wirkt als Überzeugung der Vorzugswürdigkeit einer bestimmten Handlung. Grundlage für Einfluß ist die unterstellte Teilhabe von Alter und Ego an einer Solidarbeziehung in einem Kollektiv. Einfluß setzt sozial institutionalisiertes Ansehen bestimmter Personen voraus, deren Urteilen man vertraut (so der Patient, der dem Rat seines Arztes folgt; der Kunstliebhaber, der den Urteilen seines Galeristen vertraut).

10 Stefan Jensen: Einleitung. In: Talcott Parsons: Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980, S. 50.

dem Wohlfahrtsstaat kann mit dem Wert Nation kollidieren, der die Solidargemeinschaft der Gleichen auf die Nationsmitglieder beschränkt. Ein anderes Beispiel ist der in der Vergangenheit in der liberalen Theorie der Politik thematisierte Konflikt zwischen dem Gleichheits- und dem Freiheitswert, demzufolge eine Steigerung der Gleichheitserwartungen aller nur auf Kosten von Freiheitsverlusten jedes Einzelnen zu haben sei. Selbst wenn also Werte abstrakte Präferenzvorgaben machen, sehen sich Entscheidungen für bestimmte soziale Handlungen immer mit konfligierenden Werterwartungen konfrontiert. Mit Luhmann kann man deshalb sagen: »Werte enthalten keine Regel für den Fall des Konflikts zwischen Werten. Es gibt [...] keine transitive oder hierarchische Ordnung der Werte«¹¹ – trotz der (wertorientierten?) Erwartungen mancher Beobachter (aus der gesellschaftspolitischen oder philosophischen Lebenswelt), daß Ethik dies eventuell leisten könne.

2. Nation als Wert

Nation wird hier als Wert verstanden, der einen wünschenswerten Zustand des politischen Systems der Gesellschaft anzeigt. Die Nation ist eine imaginierte Solidargemeinschaft. Sie ist, wie Benedict Anderson schreibt, »eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und als souverän«.¹² Diese Gemeinschaft ist vorgestellt, da sie ein Kollektiv von Fremden ist; sie ist begrenzt, da sie als territorial von anderen Nationen getrennt verstanden wird; sie ist souverän, da sie sich als im Besitz (oder in der Erwartung des Besitzes) eines freien und souveränen Staates begreift; sie ist eine Gemeinschaft, da sie als Solidarverband von Gleichen verstanden wird. Die Identität einer solchen Gemeinschaft speist sich aus der Unterscheidung von anderen Nationen. Die moderne Nation ist erst möglich, wenn es ein weltgesellschaftliches Staatensystem gibt. Die Inklusion in die Nation kann auf ganz unterschiedlichen Kriterien basieren. Dazu Lepsius:

Die Nation ist zunächst eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt. Welcher Art diese Einheit sein soll, ergibt sich aus den Kriterien für die Bestimmung der nationalen Kollektivität in der Ordnungsvorstellung der Nation. Sind dies ethnische Kriterien, so bestimmt sich eine Nation als ethnische Abstammungseinheit;

¹¹ Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft (wie Anm. 3), S. 799.

¹² Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Frankfurt a. Main: Campus 1988, S. 15.

sind dies kulturelle Kriterien, so stellt sich die Nation als Sprachgemeinschaft dar; sind es Kriterien staatsbürgerlicher Rechtstellung, so ist die Nation eine Einheit von Staatsbürgern«. ¹³

Die Differenz, die die politische Gemeinschaft der Nation zur Umwelt zieht, beruht auf der Erwartung, daß die Nation das Wohl aller ihrer Angehörigen fördern kann; die Umwelt der Nation wird also unter dem Gesichtspunkt beobachtet, ob bestimmte Ereignisse der Nation zum Vorteil oder Nachteil gereichen können. ¹⁴ Die Nation als Kollektiv wird sowohl in der Binnen- wie in der Außenbeobachtung als singulärer Akteur behandelt ¹⁵ – mit all den Zuschreibungen, die damit verbunden sind, wie Stereotype von »Volkscharakteren« oder nationstypische Verhaltensweisen und Einstellungen. ¹⁶

3. Nationsbildung in Deutschland

Die Nation wurde in Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution nicht als politische, sondern als sprachliche (im Sinne von Lepsius: als kulturelle) Gemeinschaft imaginiert, wenn man an Herders Idee der Identität der deutschen Nation in der Sprache denkt. Diese Nationsidee ließ unterschiedlichste politische Assoziationen zu: Die einen brachten die Nation in Verbindung mit dem Deutschen Reich, die anderen mit den durch den Protestantismus geprägten Territorien. »Die Nation, die die Deutschen des 18. Jahrhunderts sich vorstellten, hatte keine territoriale Wirklichkeit. Sie war durch Geschichte und Kultur definiert und nicht durch einen Rechtsstatus oder staatsbürgerliche Institutionen«. ¹⁷ Daraus resultierte die ethnokulturelle Betonung der Nation in Deutschland. »In Germany the ›conceived order‹ or ›imagined community‹ of nationhood and the institutional realities of statehood were sharply distinct [...] In Germany nationhood was an ethnocultural

13 Rainer Lepsius: Nation und Nationalismus in Deutschland. In: Heinrich A. Winkler: Nationalismus in der Welt von heute. Hg. v. Heinrich A. Winkler. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 13.

14 Vgl. Dirk Richter: Nation als Form. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 109.

15 Vgl. ebd., S. 108.

16 Wie dies in der komparativen Wertforschung geschieht, siehe z. B. Guy Moors/Charlotte Wenekers: Comparing moral values in Western European countries between 1981 and 1999. A multiple group latent-class factor approach. In: International Journal of Comparative Sociology 2 / 2003, S. 155–172.

17 James Sheehan: Nation und Staat. Deutschland als »imaginierte Gemeinschaft«. In: Manfred Hettling/Paul Nolte: Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays. Hg. v. Paul Nolte. München: Beck 1996, S. 36.

fact«. ¹⁸ Die Brücke zwischen der imaginierten ethnokulturellen Gemeinschaft und einer staatlich-territorialen Fassung der Nation (als Nationalstaat) wurde durch eine nationalistische Semantik geschlagen. Nationalismus soll hier mit Gellner als eine Bewegung verstanden werden, die die Deckungsgleichheit von kulturellen oder ethnischen und politischen Grenzen postuliert. ¹⁹ Der zentrale Effekt von Nationalismus als einer Bewegung und Ideologie bestand darin, einen Begriff von Souveränität auf einer historisch neuen Bezugsgrundlage (dem Volk) zu formulieren und auf ein Organ zu fokussieren, das als einziges diese Souveränität repräsentieren konnte: den Staat. Gellner führt weiter aus, daß der Nationalismus nicht nur eine Bewegung zur Etablierung eines Nationalstaates, sondern auch zur Durchsetzung einer Hochkultur in einer Gesellschaft sei.

[Der Nationalismus] bedeutet die generalisierte Ausbreitung eines durch das Schulwesen vermittelten und durch Akademien überwachten Idioms, das für die Erfordernisse einigermaßen präziser bürokratischer und technologischer Kommunikation kodifiziert wird. Der Nationalismus steht somit für die Errichtung einer anonymen, unpersönlichen Gesellschaft aus austauschbaren atomisierten Individuen, die vor allem anderen durch eine solche gemeinsame Kultur zusammengehalten wird – anstelle der früheren komplexen Struktur lokaler Gruppen, zusammengehalten durch Volkskulturen, die sich lokal und nach ihren eigenen Traditionen innerhalb dieser Mikro-Gemeinschaften selbst reproduzierten. ²⁰

Das 19. Jahrhundert war in Deutschland überwiegend durch die Differenz zwischen Nation und Nationalstaat charakterisiert. Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts war zunächst nicht gegen Fremde, sondern gegen existierende deutsche Staaten gerichtet. Unter dem Eindruck der französischen Invasionen und Besetzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Fragilität einer Nation ohne staatlichen Schutz zur vorrangigen Perspektive der nationalen Bewegung. Die sogenannten »Befreiungskriege« gegen Napoleon wurden mit nationalen Losungen geführt. Im Vormärz wurde die Idee der Nation gegen die staatlichen Realitäten des Deutschen Bundes in den politischen Kampf eingebracht.

¹⁸ Rogers Brubaker: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Cambridge: Harvard University Press 1992, S. 4.

¹⁹ Vgl. Ernest Gellner: *Nationalismus und Moderne*. Berlin: Rotbuch Verlag 1991, S. 8.

²⁰ Ebd., S. 89.

Daß es weitaus einfacher war, eine Nation zu imaginieren, als einen Nationalstaat zu definieren, war eine der wichtigsten Lektionen von 1848/49 [...] In der Frankfurter Nationalversammlung kamen diese Debatten über die Bedeutung deutscher Nationalstaatlichkeit unter einem Dach zusammen, als die Abgeordneten sich bemühten, der Nation geographische Gestalt und institutionelle Form zu geben; und es erwies sich als unmöglich, die imaginierten, auf Sprache und Kultur beruhenden nationalen Gemeinschaften in eine staatsbürgerliche Gemeinde mit klaren Grenzen und rechtlich definierter Zugehörigkeit zu verwandeln.²¹

Stattdessen wurden für die Verfassung von 1849 die Grenzen des Deutschen Bundes verbindlich. Erst 1871 kam es bekanntlich zu einer erfolgreichen Staatsgründung, die aber nicht auf eine als Souverän auftretende Nation im Besitz eines unitarischen Staates gründete. Die Reichsverfassung definierte den deutschen Nationalstaat als Bund deutscher Fürsten; das Reich war bestenfalls ein nationaler Bundesstaat. »Die nationale Souveränität lag in den Händen eines Bundesrates, in dem 22 Fürstentümern und 3 Stadtrepubliken vertreten waren.«²² Die exekutiven Funktionen lagen weitgehend in den Händen des Reichskanzlers und des Kaisers; diese Funktionen waren nur durch die Rechenschaftspflicht des Kanzlers gegenüber dem Reichstag begrenzt. Die Diskrepanz zwischen Nation und Nationalstaat kam in der Teilhabe an politischen Wahlen zum Ausdruck: Bei der ersten Reichstagswahl 1871 stimmten nur ca. 25 Prozent der Wahlberechtigten für die die Reichsgründung stützenden Parteien.²³ Allerdings gelang es dem Reich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts durch eine Reihe integrierender Maßnahmen (wie die Schaffung eines nationalen Rechtswesens oder die Einführung von Arbeiterversicherungen) die Bevölkerung auf eine Nation einzustimmen, obwohl Exklusionsanstrengungen gegenüber der Arbeiterbewegung (Sozialistengesetz) und gegenüber der ausländischen Bevölkerung (die Polen in Posen und Westpreußen), die Verweigerung des Wahlrechts für Frauen und die Verhinderung einer demokratischen Verfassung die Innenpolitik prägten. Die Nationalitätenpolitik setzte auf ethnische Homogenisierung und war nicht mit der Multiethnizität der Bevölkerung auf dem Reichsterritorium vereinbar. Dennoch: »Als dieser Staat im August 1914 seine Bürger zu den Waffen rief, stand keine Bevölkerungsgruppe abseits.«²⁴ Letztlich standen die politischen Spaltungslinien zwischen Konservativen und Liberalen und zwischen Arbeitern

21 Sheehan, *Nation und Staat* (wie Anm. 17), S. 41.

22 Otto Dann: *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*. München: Beck 1994, S. 158.

23 Vgl. ebd., S. 161.

24 Ebd.

und Unternehmern aber der Verwirklichung der Idee einer Nation von Gleichen im Wege. In der Folge bildete die Sozialdemokratie eine eigene Idee der Nation. August Bebel drückte dies 1901 im Reichstag so aus: »Es gibt leider in Deutschland, wie in allen modernen Kulturstaaten, zwei Nationen, eine Nation der Ausbeuter und Unterdrücker, und eine Nation der Ausgebeuteten und Unterdrückten.«²⁵ Die Sozialdemokratie interpretierte den politischen Kampf als Kampf um zwei verschiedene Modelle der Inklusion in die Nation. Der sozialdemokratischen Idee einer auf allgemeinem Wahlrecht beruhenden Idee der Nationsouveränität stand ein konservativer Reichspatriotismus gegenüber, der sich durch monarchische Gesinnung und militärische Wehrhaftigkeit und eine enge Auslegung der Inklusionsberechtigung auf »Volksdeutsche« auszeichnete.

Zwar zwang der Erste Weltkrieg die Reichsbevölkerung in eine »nationale Solidargemeinschaft«, die »Volksgemeinschaft« getauft wurde und schon die Zugehörigkeit der Juden in Zweifel zog,²⁶ diese Gemeinschaft zerbrach aber bald unter dem Eindruck der Niederlage. Das Ende des Ersten Weltkrieges leitete die Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips und der parlamentarischen Demokratie ein. In diesem Sinne wurden wichtige Schritte auf dem Weg zur Realisierung der Idee einer Nation von Gleichen unternommen. Es kam zur Gründung einer parlamentarischen Republik, deren erneuerte Verfassung im Artikel 1 festhielt, daß das Deutsche Reich eine Republik sei, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgehe.²⁷

Die zum politischen Souverän gewordene Staatsbürgernation stand auf einer neuen sozialen Grundlage. Für alle politischen Wahlen innerhalb des Reiches waren Männer und Frauen gleichermaßen wahlberechtigt, keine mündige Bevölkerungsgruppe war ausgeschlossen oder benachteiligt. Das parlamentarische Regierungssystem war auf allen politischen Ebenen zur Regel geworden; die Regierenden wurden aus den Parlamenten heraus gebildet und waren diesen gegenüber verantwortlich.²⁸

Dennoch war auch die Weimarer Republik von einem Kampf zwischen unterschiedlichen Nationsideen gekennzeichnet: Zwischen den Befürwortern des demokratisch-republikanischen Nationalstaates und den Proponenten einer imperialen, völkischen und diktatorischen Reichsnation.

25 August Bebel, zit. in: Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland (wie Anm. 22), S. 180.

26 Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland (wie Anm. 22), S. 213.

27 Vgl. ebd., S. 245.

28 Ebd.

Mit der Machtergreifung Hitlers wurde das Konzept einer völkischen Nation in Deutschland propagiert und einerseits mit einem Netz von Organisationen (von der Hitler-Jugend über die NS-Frauenschaft, die Deutsche Arbeitsfront, den NS-Lehrerbund etc.), andererseits mit ideologischer Propaganda (auf Massenwirkung ausgerichtete Feiern und Rituale, Massenversammlungen, politischen Filmen, massenmedialen Botschaften) in der öffentlichen Kommunikation zu verankern versucht. Dies wurde begleitet von der Zerschlagung der Organisationen und der Eliminierung der Eliten des politischen Gegners. Mit dem *Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei* (1. 12. 1933) wurde das Deutsche Reich zu einem Staat der NSDAP gemacht und Deutschland zum ersten Mal zu einem Einheitsstaat. Es folgte das *Reichsbürgergesetz* vom 15. September 1935, das die Einwohner Deutschlands in Reichsbürger »deutschen und artverwandten Blutes« und minderberechtigte »Staatsbürger« unterteilte und die Segregierung und spätere Deportation und Vernichtung der Juden und anderer Minoritäten vorbereitete. Die Idee der Nation war in die des Reichsvolkes transformiert worden, in das nach rassistischen Kriterien inkludiert wurde.²⁹

Die Niederlage Deutschlands in dem kriegerischen Versuch einer imperialistischen Ausdehnung des Reiches über ganz Europa beendete diese nationalsozialistische Revision der Nationsidee. Sie beendete auch zunächst unter den Besatzungsregimen in West- und Ostdeutschland den deutschen Nationalstaat. »Der Auflösung des Reiches durch die Siegermächte wurde nicht ein Anspruch auf nationale Souveränität, auf einen eigenen Staat entgegengesetzt.«³⁰ Die Nationsidee wurde provisorisch auf zwei Staaten, die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik verteilt – bis 1990. Der Nationalstaatsgründung von 1990 ging keine soziale Bewegung mit einer Idee von Nation wie noch im 19. Jahrhundert voraus. Eine Idee von Nation müßte sich erst noch *posthoc* bilden, nachdem in beiden deutschen Staaten zuvor Versuche der Etablierung einer separaten Nationsvorstellung nicht von großem Erfolg gekrönt wurden.

Diese Skizze der Entwicklung der Gehalte des Nationswertes und ihrer Bindewirkung für die Deutschen kann sich nicht auf sozialwissenschaftlich kontrollierte empirische Evidenz stützen. Die empirische Erfassung von Einstellungen zu diesem Wert – jedoch nicht von Handlungen in Befolgung der sozialen Zumutungen dieses Wertes – wurde erst in der Nachkriegszeit möglich. Auskunft darüber erteilen die Ergebnisse der Einstellungsforschung zum Wert »Nation« seit den 1970er Jahren.

²⁹ Vgl. ebd., S. 288.

³⁰ Ebd., S. 300.

4. Zur Wertbindung der Deutschen an die Nation nach 1945: Empirische Befunde

Werte sind Konzeptionen des Wünschbaren, deren Motivierungs- und Selektionskraft für Handlungen selber nicht *a priori* gesichert ist. Es läßt sich also empirisch prüfen, wie stark das *commitment* gegenüber dem Wert Nation in Deutschland ausfällt, wenn man das methodische *caveat* beachtet, daß die Umfrageforschung Einstellungen, also Motive und Evaluationen von Handlungsalternativen, nicht Handlungen selber beobachtet.

Lassen Sie mich noch einmal in Erinnerung rufen, in welchem Sinne Nation als Wert zu verstehen ist. Nation als Wert zeigt die Wünschbarkeit der politischen Kollektivs als einer Solidargemeinschaft an. Die Präferenz für eine politische Solidargemeinschaft von Fremden findet sich in allen Nationalstaaten. Sie unterscheiden sich in der Stärke des *commitment*. Die Intensität der Bindung an die Nation zeigt also die Stärke der Erwartung an, Loyalität gegenüber dem Kollektiv mit Lebenschancengewinnen durch die Solidarität der Gemeinschaft zu tauschen. Die Geschichte der Diskrepanz zwischen ethnokultureller Definition von Nation und politischer Sedimentierung in einem Nationalstaat, der Differenz zwischen dem Ideal der Nation als souverän und klar umgrenzt und ihrer Realisierung in den verschiedenen historischen Gestalten des deutschen Nationalstaates und die späte Passung beider lassen erwarten, daß die Wertschätzung der Nation nicht uneingeschränkt und die Bindungsbereitschaft an diesen Wert reservierter als in anderen Staaten ausfallen mag. Der Blick auf die empirische Wertforschung kann uns also darüber belehren, wie stark dieser Wunsch in Deutschland nach 1945 ausgeprägt ist. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat in der Nachkriegszeit kontinuierlich die Deutschen nach ihrem Verhältnis zur Nation befragt. Die Daten aus diesen Befragungen sind die wichtigste Quelle bei dem Versuch, die Fragen nach dem Wert der Nation für die Deutschen zu beantworten. Andere Quellen sind die von der Europäischen Kommission beauftragten Befragungen, die in den *Eurobarometer*-Berichten dokumentiert sind.

Ich möchte das empirische Material mit folgenden Suchfragen bearbeiten: Zunächst soll nach der Stärke der Loyalität zur Nation gefragt werden, die als Frage nach dem Nationalstolz operationalisiert wird: Wie stark wird die Nation als Wert behandelt? Zweitens soll dem Verpflichtungscharakter der Loyalität gegenüber der Nation nachgegangen werden, die über die Frage ermittelt wird: Wie hoch ist z. B. die Bereitschaft für das Land zu kämpfen? Drittens sollen die vorgestellten Vorzüge der Solidargemeinschaft Nation für die Individuen untersucht werden, die erfaßt werden sollen über Fragen a) nach den Vorzügen der deutschen Nation bzw.

des deutschen Nationalstaates, b) nach der Bewertung der Nation im Vergleich mit anderen Nationen (über die Frage, ob man einer anderen Nation angehören möchte) und c) nach den Gewinnen der Einheit auf der Ebene des Gemeinschaftsgefühls und der gemeinsamen Identität von Ost und West.

Wenn man nun zum ersten Fragenkomplex die Wertschätzung der Nation in Deutschland als Antwort auf die Frage nach dem Nationalstolz versteht, dann muß man feststellen, daß er sich seit den 1970er Jahren von einem hohen Niveau von über 70 Prozent der Befragten, die sehr oder ziemlich stolz auf Deutschland sind, immer stärker abschwächt, insbesondere seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf knapp über 60 Prozent; im Jahre 2004 wurde aber das Niveau vor der Vereinigung wieder erreicht.³¹ Dabei hat sich der Anteil der Deutschen, die sehr stolz auf ihre Nation sind, von 42 Prozent in 1991 auf 19 Prozent in 2001 mehr als halbiert; und der Anteil der Deutschen, die wenig oder gar nicht stolz sind, bewegt sich seit 1971 auf einem gleichbleibenden Niveau von etwas über 20 Prozent. Im europäischen Raum weist Deutschland aber dauerhaft die niedrigsten Werte für Nationalstolz auf.³²

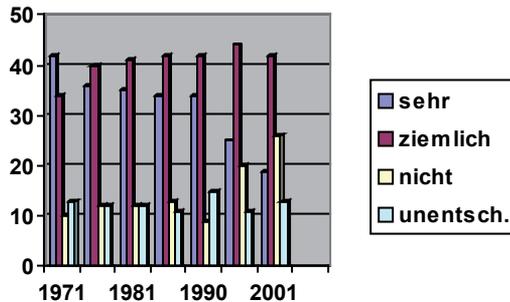


Abbildung 1

Frage: Sind Sie stolz darauf, ein Deutscher zu sein?³³

31 Vgl. Eurobarometer 62. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Hg. v. der Europäischen Kommission. Brüssel: Europäische Kommission 2005, S. 100.

32 Ebd.

33 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983. Hg. v. Edgar Piel. München: Saur 1983, S. 185; Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997. Hg. v. Renate Köcher. München: Saur 1997, S. 484; Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002. Hg. v. Renate Köcher. München: Saur 2002, S. 526.

Wenn Werte Präferenzen für gewünschte Zustände von Kollektiven sind, läßt sich die generelle Wertschätzung von Kollektiven testen, wenn man die Wertschätzung anderer Kollektive als Nation abfragt. Allensbach hat 1985 den Zusammenhang zwischen der Wertschätzung der Nation und der Familie geprüft und festgestellt, daß je höher der Nationalstolz der Befragten ist, desto höher auch der Stolz der Familie.³⁴

Auch die Selbstattribuierung von Eigenschaften, die den Nationalcharakter als deutsch kenntlich machen, kann als Indiz für die Wertschätzung von Nation genommen werden, in dem Sinne, daß anerkannt wird, daß den Mitgliedern der Nation bestimmte Züge eigen sind. Seit 1952 attestieren sich die Deutschen mit leicht abnehmender Tendenz, daß ihre herausragenden Eigenschaften in »Fleiß, Tüchtigkeit und Strebsamkeit« liegen. 1952 sahen 72 Prozent der Befragten, 1962 71 Prozent, 1972 62 Prozent, 1983 59 Prozent und 1997 noch 55 Prozent in diesen Charakterzügen die Besonderheit der Deutschen, wobei 1997 die Ostdeutschen dieser Attribuierung sogar zu 63 Prozent zustimmten.³⁵

Die zweite Suchfrage betrifft die Frage nach der Loyalität der Deutschen zur Nation. Ein starker Test des Verpflichtungscharakters des Wertes Nation wäre die Bereitschaft, für das Land zu kämpfen. Allensbach hat diese Frage im Rahmen einer internationalen Wertestudie 1981/82 gestellt. Im internationalen Vergleich ist die Bereitschaft der Deutschen, für ihr Land zu kämpfen, unterdurchschnittlich ausgebildet. Nur 35 Prozent der Deutschen erklärten ihre Kampfbereitschaft, wobei 41 Prozent ihre Ablehnung und 24 Prozent ihre Unentschiedenheit bekundeten.³⁶ In 2001 waren noch 33 Prozent bereit, 43 Prozent nicht bereit und 24 Prozent unentschieden.³⁷ Von denjenigen, die 1981/82 sehr stolz auf ihr Land waren, waren allerdings 52 Prozent kampfbereit, von denen die ziemlich stolz waren, noch 38 Prozent und von denen, die nicht sehr oder überhaupt nicht stolz waren, immerhin noch 22 Prozent bereit zu kämpfen. In dieser Hinsicht wurden die Deutschen von den meisten Ländern übertroffen, besonders von Schweden, den USA und Großbritannien, während nur Belgier und Italiener noch weniger die gravierendste Implikation des Pflichtcharakters des Wertes Nation anerkannten.³⁸ Den höchsten Loyalitätsgrad wiesen Schweden mit sehr großem Nationalstolz auf,

34 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997 (wie Anm. 33), S. 487.

35 Vgl. ebd., S. 497.

36 Vgl. ebd., S. 489.

37 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002 (wie Anm. 33), S. 530.

38 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997 (wie Anm. 33), S. 489 f.

von denen 84 Prozent für ihr Land zu kämpfen bereit waren; damit übertrafen sie noch die sehr auf ihre Nation stolzen US-Amerikaner und Engländer, von denen jeweils 75 Prozent und 69 Prozent sich für kampfbereit erklärten.

Die dritte Frage, die den Durchgang durch die Befragungsdaten anleiten sollte, betraf die Hinsichten wie Sprache, Geschichte oder gemeinsamer Staat, unter denen von einer Einheit der Nation gesprochen werden kann. Wenn man fragt, was die Nation zusammen hält, rangierten 1994 bei 68 Prozent der Deutschen »Sprache« auf dem ersten Platz vor dem »gemeinsamen Staat« mit 57 Prozent; demgegenüber hielten nur 42 Prozent eine äußere Bedrohung und 41 Prozent die gemeinsame Geschichte für eine Klammer der nationalen Gemeinschaft. Die mit Abstand höchste Gefahr für den Zusammenhalt sahen 61 Prozent der Deutschen in einer wirtschaftlichen Krise.³⁹ Dies könnte darauf schließen lassen, daß die Tauschgewinne für die Wertschätzung der Nation in den materiellen Vorzügen der Nationszugehörigkeit liegt. Man könnte also fragen, ob für die Deutschen die Zugehörigkeit zur Nation vor allem mit Wohlfahrtsvorteilen verbunden ist. Zu solchen Vorteilen können einerseits die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, andererseits die Sicherheitsleistungen gegenüber inneren und äußeren Gefahren zählen. Allensbach fragte nach dem Vertrauen in staatliche Leistungen und bekam zur Antwort, daß mit Abstand die Gesetze (60 Prozent) und die Polizei (59 Prozent), weit vor den Gewerkschaften (44 Prozent), dem Bundestag (42 Prozent), der Bundeswehr (37 Prozent) oder der Presse (23 Prozent) das größte Vertrauen genießen.⁴⁰ Auch die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erfüllen die Deutschen mit Zufriedenheit, wie aus den Befragungen der *National Identity Study* im Rahmen des *International Social Survey Program* von 1995 hervorgeht, in dem Nationalstolz und nationale Identität in 23 Ländern verglichen werden.⁴¹ Neben dem der Schweden und der Holländer ist der Stolz der Deutschen auf ihren Wohlfahrtsstaat überdurchschnittlich stark ausgeprägt.⁴²

Die Zufriedenheit mit den Tauschgewinnen für die Loyalität zur Nation könnte auch in der Bewertung der relativen Vorteile gemessen werden, der deutschen Nation (und dem dazu gehörigen Nationalstaat) anzugehören. Dies könnte *ex negativo* dadurch ermittelt werden, daß man fragt, ob man lieber einer anderen Nation angehören möchte. Allensbach hat diese Frage 1979 und 1980 gestellt. In diesen beiden Jahren wollten 21 Prozent bzw. 19 Prozent Amerikaner, 18 Prozent bzw. 19 Prozent Schweden und 17 Prozent bzw. 19 Prozent Franzosen sein, wenn

39 Vgl. ebd., S. 494 f.

40 Vgl. ebd., S. 491.

41 Vgl. Tom W. Smith / Lars Jarkko: *National Pride in Cross-National Perspective*. Typoscript. Chicago: National Opinion Research Center / University of Chicago 2001.

42 Vgl. ebd., S. 11.

sie keine Deutsche wären. Diese Antworten sind vielleicht kein guter Indikator für die Treue der Deutschen zur Nation, da sie ja nur gelten für den Fall, daß man nicht Deutscher sein kann, was man aber ist. In Verbindung mit der Frage, ob man selber gerne auswandern würde (es antworteten 1959 25 Prozent, 1974 7 Prozent und 1982 18 Prozent mit »ja« und 1959 71 Prozent, 1974 84 Prozent und 1982 68 Prozent mit »nein«), könnte man meinen, daß die Tauschgewinne der Zugehörigkeit zur deutschen Nation doch von der Mehrheit für relativ hoch eingeschätzt werden.⁴³

Die nach dem »Zwei-plus-Vier-Vertrag« gewonnene Einheit der alten Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik findet jedoch kein ungeteiltes Echo in einem Gemeinschaftsgefühl. So artikulierten 1993 ganze 50 Prozent der westdeutschen Befragten Solidaritätsgefühle mit ihren ostdeutschen Landsleuten, ein Wert, der bis 1998 nur wenig auf 52 Prozent anstieg; von den Ostdeutschen sahen sich nur 43 Prozent (1993) bzw. 44 Prozent (1998) mit den Westdeutschen als Teil einer nationaler Gemeinschaft.⁴⁴ Auf die direkte Frage, ob sich Westdeutsche und Ostdeutsche als Deutsche mit einer gemeinsamen Identität betrachteten, antworteten im Jahre 2000 schon 70 Prozent der Westdeutschen, aber nur 41 Prozent der Ostdeutschen mit »Ja«, nachdem noch in den 1990er Jahren ein Drittel der Westdeutschen sich eher als Westdeutsche und fast zwei Drittel der Ostdeutschen als Ostdeutsche betrachteten.⁴⁵ Offensichtlich kann der Wert der Nation erst dann seine Bindungswirkung entfalten, wenn eine Bevölkerung die Selbstbeschreibung als Nation flächendeckend vollzieht.

5. Schluß

Welche Schlüsse sind aus diesen verstreuten Befunden für die Bedeutung des Wertes Nation für die Deutschen zu ziehen? Zunächst wird deutlich, daß die Nation für den überwiegenden Teil der Deutschen als Wert anerkannt wird, wenngleich nicht in demselben Ausmaß wie in anderen Nationen. Die Anerkennung dieses Wertes, so unsere Ausgangsüberlegungen, ist als Artikulation einer Präferenz für eine politische Solidargemeinschaft von Fremden gleicher Sprache, Herkunft oder politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Überzeugungen zu werten. Die Identität der

43 Elisabeth Noelle-Neumann / Edgar Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983. Hg. v. Edgar Piel. München: Saur 1983, S. 190.

44 Vgl. Noelle-Neumann / Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002 (wie Anm. 33), S. 502.

45 Vgl. Noelle-Neumann / Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002 (wie Anm. 33), S. 525

Deutschen wird in der Tat zuerst als linguistische Einheit und darüber hinaus als Einheit von Wirtschaftenden verstanden. Diese Identität nimmt aber über die Zeit ab, besonders stark nach der Wiedervereinigung. Man kann dies als Folge der Neubildung des Nationalstaates nach 1990 deuten, die dem Nationsbegriff einen neuen Inhalt und damit einen Neuanlauf der Identifikation abverlangt, nicht nur für die Ostdeutschen als den Bewohnern des sogenannten »Beitrittsgebietes«, sondern auch für die Westdeutschen, die wie die Ostdeutschen für die Einheit mit erheblichen Wohlfahrtsverlusten zu bezahlen haben. Dies könnte die andere Ursache haben, daß die Wohlfahrtsgewinne im Tausch für Loyalität zur Nation prekär werden, insbesondere wenn man die Wirtschaftsleistung als wichtigen Integrationsfaktor der deutschen Nation betrachtet. Bei der Frage nach der wirtschaftlichen Lage nach der deutschen Einheit antworteten 1993 14 Prozent und 2001 25 Prozent der Deutschen, daß es ihnen besser gehe, während 1993 27 Prozent und 2001 20 Prozent der Deutschen eine Verschlechterung der Lage bekannten; mehr als die Hälfte der Befragten machten allerdings zu beiden Zeitpunkten keine Angaben.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß Nation als Wert in Deutschland auf Zustimmung rechnen kann und wohl eine geringere soziale Integrationskraft entfaltet als in anderen Nationen, was sich insbesondere in der nur sehr reserviert artikulierten Bereitschaft ausdrückt, einen Beweis der Loyalität gegenüber der Nation zu erbringen.

Weiterführende Literatur

Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1986.

Johannes Berger: Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband. Hg. v. Johannes Berger. Göttingen: Schwartz 1986.

Modernitätsbegriffe und Modernitätskritik in der Soziologie. Soziale Welt. Sonderband 4/1986. Hg. v. Johannes Berger, S. 224–236.

Peter L. Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt a. Main: Fischer 1970.

Bernd Estel/Tilman Mayer: Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.

Thomas Gensicke: Wertewandel und Nationalbewußtsein. Über die Modernisierung des Nationalgefühl in Westdeutschland. In: Bernd Estel/Thomas Mayer: Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderprognosen und theoretische Perspektiven. Hg. v. Thomas Mayer. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 197–218.

Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag 1990.

Elisabeth Noelle-Neumann/Institut für Demoskopie Allensbach. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976. Wien: Molden 1976.

Wolfgang Ludwig Schneider: Grundlagen der soziologischen Theorie. Weber – Parsons – Mead – Schütz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.